



Krings-Brief vom 18. Mai 2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Enttäuschung habe ich die Entscheidung des US-Präsidenten zur Kenntnis genommen, nach der die USA das Nuklearabkommen mit dem Iran aufkündigen und die Sanktionen wieder einführen wollen. Das ist ein herber Rückschlag für die Bemühungen zur Stabilisierung des Mittleren und Nahen Ostens. Der Rückzug der USA belastet nicht nur die transatlantischen Beziehungen, sondern er markiert auch einen erneuten erheblichen Vertrauensverlust, was die Bedeutung multilateraler Abkommen angeht. Gleichzeitig fördert die US-amerikanische Entscheidung die Gefahr einer weiteren Verbreitung von Nuklearwaffen. Es ist richtig: Das Abkommen mit dem Iran hatte Schwachstellen, aber es wurde befolgt und ist somit besser als kein Abkommen. Bessere friedliche Lösungen zur Vermeidung einer nuklearen Aufrüstung Irans gibt es derzeit nicht.

Es ist in unserem gemeinsamen Interesse, dass Iran atomwaffenfrei bleibt. Jetzt geht es darum, wie das Abkommen ohne die USA erhalten werden kann. Die Gespräche zwischen den E3 (Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich) und Iran am vergangenen Dienstag in Brüssel zeigen: Wir wollen gemeinsam das Atom-Abkommen aufrechterhalten. Wir Europäer sind davon überzeugt, dass dieses Abkommen wichtig ist, dass es die regionale Sicherheit erhöht und die Gefahr eines nuklearen Aufrüstens am Persischen Golf senkt.

Dabei werden wir uns an unsere Verpflichtungen halten, sofern der Iran vertragstreu ist. Wir haben immer gesagt, dass das Nuklearabkommen nur einen Bereich der iranischen Politik abdeckt, die wir auch an anderer Stelle sehr kritisch sehen. Die fortgesetzte ballistische Aufrüstung sowie die deutlich ausgeweiteten negativen regionalen Aktivitäten des Irans erfüllen uns mit großer Sorge. Ebenso ist die anhaltende Vernichtungsrhetorik gegenüber Israel nicht hinnehmbar. Wir

werden die Bemühungen mit Nachdruck unterstützen, auf diesen beiden drängenden Konfliktfeldern mit dem Iran Lösungen zu finden. Dieses Interesse teilen wir mit den Vereinigten Staaten. Deshalb werden wir auch hier die enge transatlantische Zusammenarbeit fortsetzen.

Haushaltswoche im Bundestag

Das Bundeskabinett hat in der vorletzten Woche die Eckwerte für die Haushaltsplanungen bis 2022 beschlossen. Nun berät der Bundestag über den Bundeshaushalt 2018 und den Finanzplan des Bundes bis 2021. Auch in den kommenden Jahren will man an einem Haushalt ohne neue Schulden festhalten.

Der Haushaltsplan sieht Ausgaben und Einnahmen von 341 Milliarden Euro vor. Außerdem will der Bund im Haushaltsjahr 2018 keine Kredite zur Deckung von Ausgaben aufnehmen. Die "schwarze Null" bleibt also auch weiterhin bestehen. Dennoch kritisieren wir von der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, dass SPD-Bundesfinanzminister Scholz in den Jahren 2021 und 2022 deutlich weniger investieren will. Das muss korrigiert werden. Denn mit dem verabredeten Planungs- und Baubeschleunigungsgesetz sollte eigentlich mehr Dynamik bei den Investitionen erreicht werden. Ein vereinfachtes Planungsrecht muss deshalb weiterhin das Ziel bleiben. Auch bei anderen wichtigen Politikfeldern gibt es noch einige Kritikpunkte. In der Finanzplanung sind die höheren Zahlungen an die EU infolge des Brexits, für die Finanzminister Scholz bereits eine Zusage gegeben hat, noch nicht hinreichend abgebildet. Auch beim Abbau der kalten Progression muss verlässlich gerechnet werden. Es reicht nicht aus, bei diesen wichtigen Themen auf Sicht zu fahren.

Bei den Ausgaben für Verteidigung sind nur geringe Steigerungen vorgesehen. Wir sehen darin einen Widerspruch zu den Vereinbarungen des Koalitionsvertrags und zu Deutschlands außen- und sicherheitspolitischen Interessen. Das im Koalitionsvertrag formulierte Ziel, mehr Geld für Entwicklungszusammenarbeit und Verteidigung zur Verfügung zu stellen, muss unbedingt umgesetzt werden.

Dabei soll die neue Steuerschätzung berücksichtigt werden, wonach die Ausgabenspielräume des Bundes bis 2022 noch einmal um insgesamt 10,8 Milliarden Euro auf 56,8 Milliarden Euro ansteigen werden. Da diese Schätzung bei Kabinettschluss noch nicht vorlag, kann und wird die

CDU/CSU in unseren parlamentarischen Beratungen die Verwendung dieser Mittel nach klaren Prioritäten vornehmen: Abbau der kalten Progression, Investitionen in Digitalisierung sowie Aufwuchs der Mittel für die Bundeswehr und Entwicklungshilfe.

Mit den Finanzplanungen im Bereich „Bau, Wohnen und Stadtentwicklung“ sind wir zufrieden. So stellt der Bund für die kommenden Jahre mehr Mittel für den Wohnungsbau zur Verfügung. Gut ist auch die vom Kabinett beschlossene Grundgesetzänderung zur Fortführung der sozialen Wohnraumförderung über das Jahr 2019 hinaus. Damit wird schnell das erste Vorhaben der im Koalitionsvertrag vereinbarten Wohnungsbauoffensive umgesetzt. Um das Ziel von 1,5 Millionen neuen Wohnungen in den nächsten Jahren zu erreichen, müssen jetzt schnell weitere Maßnahmen umgesetzt werden. Auch beim Thema Breitbandausbau wird weiterhin Tempo gemacht: Dafür stehen zusätzliche 1,15 Milliarden Euro zur Verfügung.

Insgesamt ist für mich auch bei diesem Haushaltsplan klar: Er ist Ausdruck einer generationengerechten Politik, weil er wieder ganz auf neue Schulden verzichtet. Das muss auch in den nächsten Jahren im Interesse der uns nachfolgenden Generationen so bleiben!

Herzliche Grüße

Ihr Günter Krings



Sagen Sie mir Ihre Meinung.
Besuchen Sie mich auf facebook.

(hier klicken!)